

Bericht über beobachtete Online-Aktivitäten im Bereich ausländische Informationsmanipulation (FIMI) rund um die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Im Vorfeld der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und unmittelbar vor dem Wahltag dokumentierte CeMAS diverse Aktivitäten im Bereich Ausländische Informationsmanipulation und Einmischung (*Foreign Information Manipulation and Interference*, FIMI), die online stattfanden. Diese Aktivitäten waren darauf ausgerichtet, Meinungsbildung im Vorfeld der Wahl zu beeinflussen, die Kandidierenden der Parteien CDU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zu diskreditieren, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen und die Integrität des Wahlprozesses zu untergraben. Die dokumentierten Aktivitäten schreibt CeMAS mit hoher Wahrscheinlichkeit den pro-russischen Einflusskampagnen und Akteuren „Operation Overload“ („Matryoshka“), „Doppelgänger“, „Storm-1516“ und der „Foundation to Battle Injustice“ zu. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass auch Wahlen auf der Landesebene zum Ziel der ausländischen Informationsmanipulation werden und dass entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden müssen.

Operation Overload/ Matryoshka

Im Zeitraum zwischen dem 30.6.2026 und dem 4.9.2026 dokumentierte CeMAS 174 gefälschte Videos mit Logos von Medienorganisationen sowie 10 gefälschte Titelseiten deutscher Tageszeitungen und Magazine, die von nicht-authentischen Accounts auf der Social-Media-Plattform X verbreitet wurden. CeMAS schreibt diese Postings mit hoher Wahrscheinlichkeit der Einflusskampagne „Operation Overload“ (auch bekannt als „Matryoshka“ oder „Storm-1679“) zu.

Von den 174 Videos, die alle einen Bezug zu Deutschland und der deutschen Innenpolitik hatten, nahmen 82 Videos einen expliziten Bezug auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt oder Politiker:innen aus Sachsen-Anhalt. Die gefälschten Videos trugen Logos von FAZ, Die Zeit, Die Welt, MDR, SZ, Der Spiegel, DW, Tagesschau, Bild, t-online, ARD und anderen deutschen und internationalen Medienorganisationen. Zum einen diskreditierten die Videos insgesamt 20 unterschiedliche Politiker:innen aus Sachsen-Anhalt aus den Parteien CDU, SPD, Die Grünen, Die Linke und FDP. Ihnen wurden fälschlicherweise strafrechtliche Delikte, Korruption, Suchtkrankheiten oder Benachteiligung von Menschen in Ostdeutschland vorgeworfen. Mehrere Videos enthielten explizite Aufrufe, bei der Landtagswahl nicht für die Parteien CDU, SPD, Die Grünen und Die Linke zu stimmen.

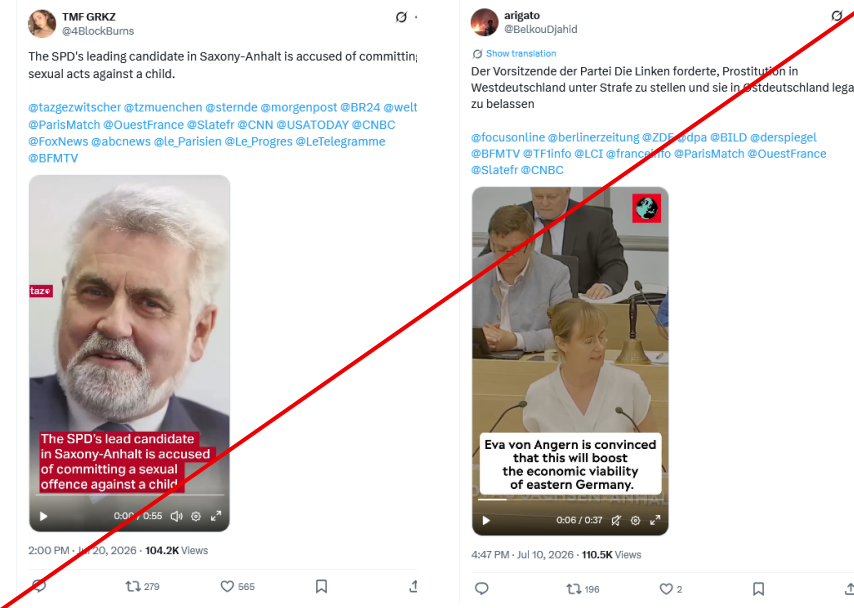


Abbildung 1. Beispiele von Posts auf X mit gefälschten Videos, die Politiker:innen aus Sachsen-Anhalt diskreditieren.

Zum anderen verbreiteten die Videos sowie die Posts mit gefälschten Titelseiten Falschbehauptungen über einen angeblich geplanten Wahlbetrug in Sachsen-Anhalt. Insbesondere die CDU wurde mit unbelegten Vorwürfen diskreditiert, die Partei plane Wahlbetrug oder eine Störung des Wahlprozesses in Sachsen-Anhalt. Die Posts behaupteten beispielsweise, dass die CDU Stimmen von Auslandswähler:innen oder verstorbenen Personen bekommen werde, dass die Briefwahl gefälscht werde oder dass am Wahltag in Sachsen-Anhalt Straßensperrungen oder Sperrungen der Social-Media-Plattformen geplant seien.

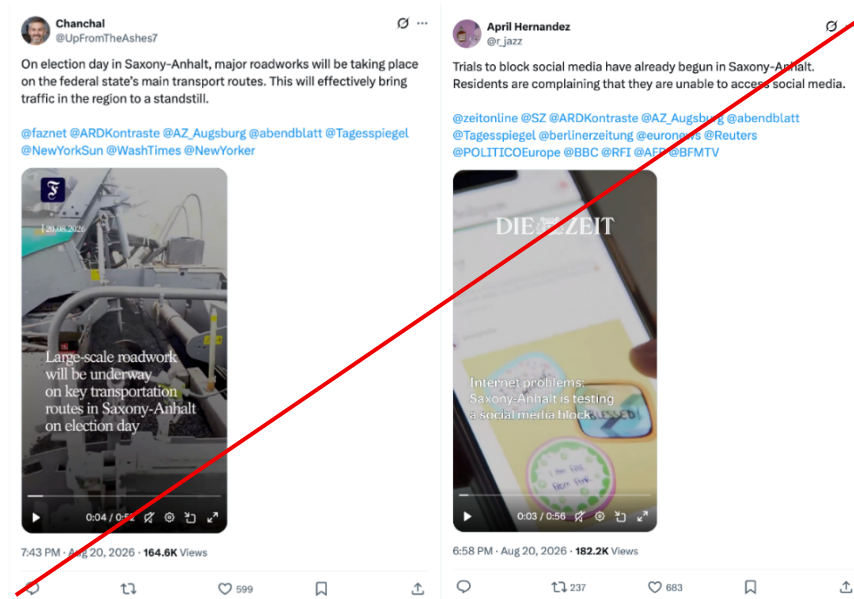


Abbildung 2. Beispiele von Posts auf X, die Falschbehauptungen über einen angeblich geplanten Wahlbetrug und die Störung des Wahlprozesses in Sachsen-Anhalt verbreiteten.



Abbildung 3. Gefälschte Titelseiten mit Falschbehauptungen über angeblichen Wahlbetrug in Sachsen-Anhalt.

Darüber hinaus thematisierten weitere 21 Videos sowie zwei gefälschte Titelseiten im Beobachtungszeitraum eine wahrgenommene Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland, ohne dabei explizit Sachsen-Anhalt zu erwähnen. Die Videos unterstellten ohne Angabe von zuverlässigen Quellen den Medien oder Politiker:innen aus Westdeutschland, abwertende Aussagen über Menschen aus Ostdeutschland gemacht zu haben und verbreiteten unbelegte Behauptungen, dass Menschen aus Ostdeutschland diskriminiert würden. Mehrere Videos verwendeten Deepfakes von Prominenten, um Falschbehauptungen zu verbreiten, diese hätten zu einer Teilung von Ost- und Westdeutschland aufgerufen. Des Weiteren wurde eine unbelegte Behauptung verbreitet, Deutschland werde bis 2030 zerfallen.

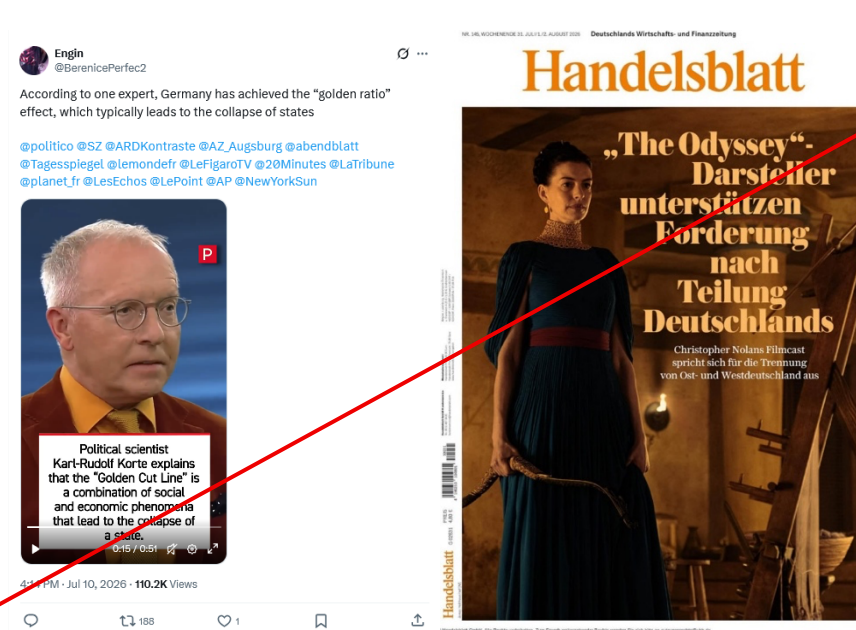


Abbildung 4. Ein gefälschtes Video und eine gefälschte Handelsblatt-Titelseite thematisieren die Spaltung Deutschlands in Ost und West.

Weitere Videos sowie gefälschte Titelseiten nahmen Bezug auf die Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Kommunalwahlen in Niedersachsen oder diskreditierten die Bundesregierung und die Parteien CDU, SPD, Die Grünen und Die Linke auf Bundesebene.

Die manipulierten Videos wurden von nicht-authentischen Accounts vor allem auf X verbreitet. Dabei konnten mehrere Verbreitungsmuster festgestellt werden, die den bekannten Verbreitungsmustern der „Operation Overload“ entsprechen: Zunächst wurden Originalposts der sogenannten „Seeder“-Accounts identifiziert, welche nach einem bestimmten Muster jeweils ein Video posteten und Medienorganisationen erwähnten, die in den Videos nachgeahmt wurden. Bei einem weiteren Posting-Muster der „Seeder“-Accounts wurden mehrere Videos und Bilder der gefälschten Titelseiten deutscher Zeitungen kombiniert. Die Posts der „Seeder“-Accounts wurden von Repost-Accounts kommentarlos repostet. Bei einem weiteren Repost-Muster wurden Posts der „Seeder“-Accounts als Antworten auf Posts von Medienorganisationen und weiteren reichweitenstarken Accounts gepostet. Links zu Posts von „Operation Overload“ wurden außerdem an Faktencheckorganisationen geschickt. CeMAS liegen Emails vor, die an die dänische Faktencheckorganisation Tjekdet geschickt wurden. Diese Emails enthielten neben Links zu Posting auf X mit Bezug zu Deutschland auch Links zu TikTok und BlueSky, wobei die Postings auf TikTok und BlueSky nicht mehr erreichbar waren und die entsprechenden Accounts mutmaßlich von den Plattformen schnell suspendiert wurden.

Ein Sample von 182 Posts der „Seeder“-Accounts auf X, die Medienorganisationen erwähnten und im Zeitraum zwischen dem 30.06.2026 und dem 4.9.2026 veröffentlicht wurden, erhielt insgesamt über 44.000 Reposts, über 114.000 Likes und 23,1 Millionen Views. Allerdings geht CeMAS davon aus, dass diese Zahlen ein Ergebnis der nicht-authentischen Amplifizierung sind und dass die organische Reichweite sowie die Wirkung dieser Posts eingeschränkt sind.

Bei „Operation Overload“ handelt es um eine fortwährende Kampagne, die seit spätestens 2023 aktiv ist. Das IT-Unternehmen [Microsoft](#) schrieb russischen Akteuren die Verantwortung für die Aktivitäten der Kampagne zu, die entsprechend der [Microsoft-Namenstaxonomie](#) für Bedrohungsakteure die Bezeichnung „Storm-1679“ erhielt. Berichte der [Clemson University](#) und der schwedischen [Psychological Defence Agency](#) gehen davon aus, dass „Operation Overload“ mutmaßlich in Verbindung mit den russischen Unternehmen Social Design Agency (SDA) und Struktura steht, die im Auftrag der russischen Präsidialverwaltung Einflusskampagnen betreiben.

Storm-1516

Die russische Einflusskampagne „Storm-1516“ (der Name entspricht der [Microsoft-Namenstaxonomie](#) für Bedrohungsakteure) versuchte vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt, den amtierenden Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Sven Schulze mit falschen Vorwürfen von Kindesmissbrauch zu diskreditieren. Die Falschbehauptung wurde zum einen auf einer speziell dafür angelegten gefälschten Nachrichtenseite in der Optik der Süddeutschen Zeitung verbreitet, zum anderen wurde ein gefälschtes Video mit dem SZ-Logo erstellt. Das Video und der Link zur gefälschten Nachrichtenseite wurden ab dem 18.8. vor allem auf X von reichweitenstarken Accounts sowie von

nicht-authentischen Amplifikationsaccounts verbreitet. Im Zeitraum zwischen dem 18.8. und dem 2.9. konnte CeMAS mindestens 636 Posts auf X mit der Falschbehauptung identifizieren, die insgesamt über 24,4 Millionen Views, über 22.000 Likes, allerdings nur 121 Reposts nach Metriken der Plattform erhalten haben.

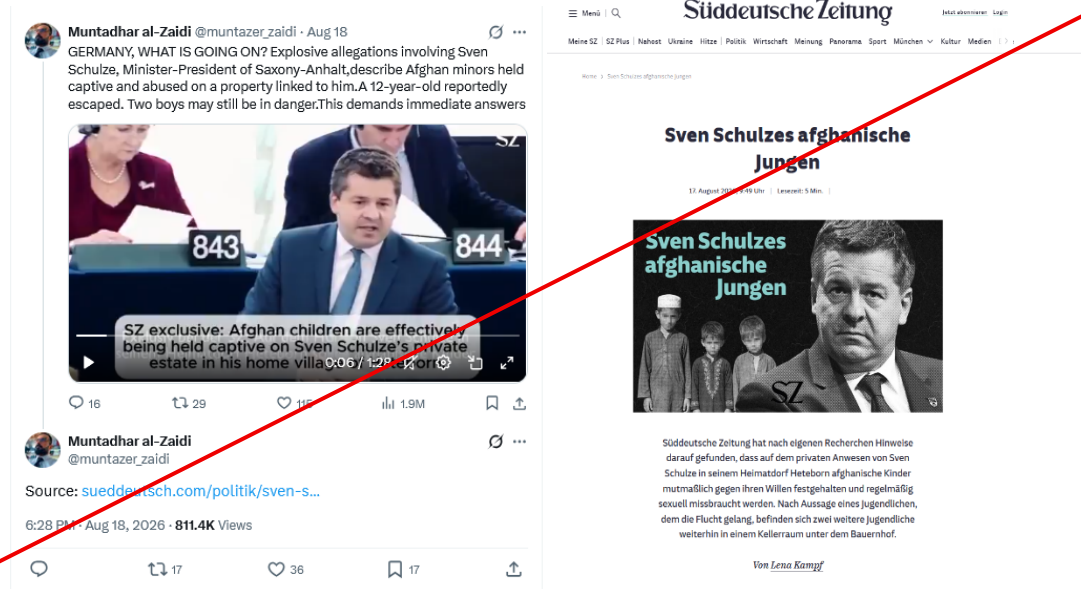


Abbildung 5. Ein Post auf X mit dem gefälschten SZ-Video und eine gefälschte SZ-Seite mit Falschbehauptungen über Sven Schulze.

Unmittelbar vor dem Wahltag verbreitete Storm-1516 ein Video, das angeblichen Wahlbetrug in Sachsen-Anhalt zu Ungunsten der AfD zeigte. Das inszenierte Video zeigte, wie eine Person Briefwahlunterlagen öffnet und die Stimmzettel mit den Stimmen für die AfD ungültig macht. Die im Video gezeigten Wahlunterlagen waren allerdings nicht echt: Sie alle trugen die identische Wahlscheinnummer „011416“ und den identischen Namen. Das Video wurde ab dem 4.10.2026 von reichweitenstarken englischsprachigen Accounts auf X aus dem Verbreitungsnetzwerk von „Storm-1516“ gepostet. Dieselben Accounts hatten früher regelmäßig weitere Videos von „Storm-1516“ verbreitet. Weitere scheinbar authentische deutschsprachige Accounts reposteten das Video mit deutschsprachigen Kommentaren und markierten Accounts von AfD-Politiker:innen. Die Posts auf X mit dem Video erhielten mindestens 313.000 Views, 2.380 Reposts und 7.700 Likes.

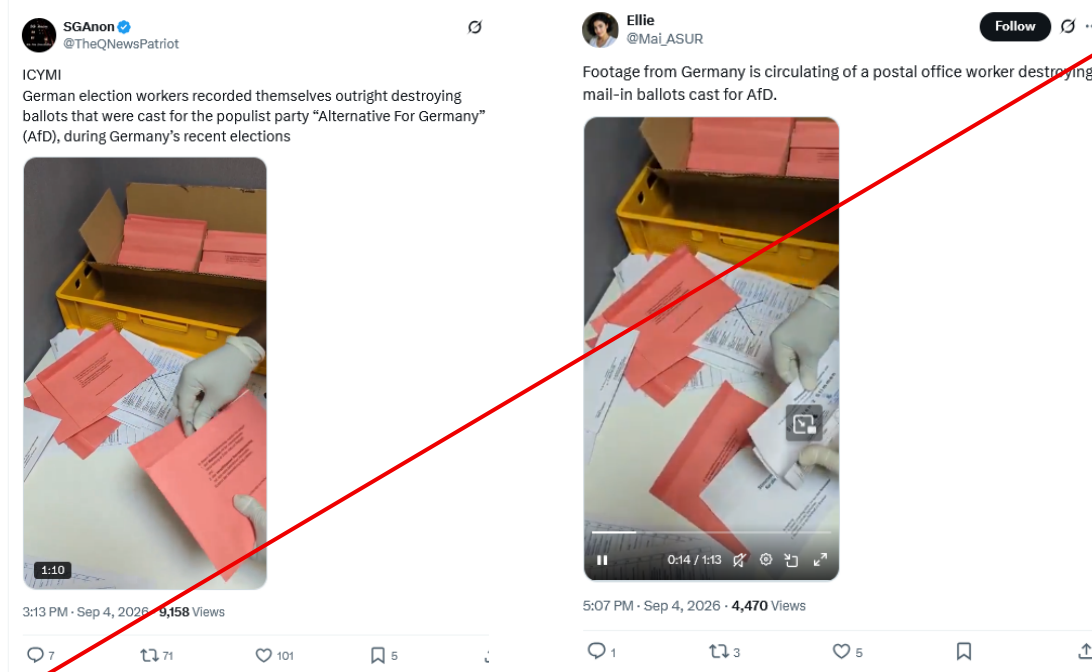


Abbildung 6. Posts auf X mit dem inszenierten Video und der Falschbehauptung über Wahlbetrug.

Foundation to Battle Injustice

Die russische Organisation „Foundation to Battle Injustice“ verbreitete im Juli und August 2026 eine Falschbehauptung, dass die Bundesregierung absichtliche wirtschaftliche Repressionen gegen die östlichen Bundesländer und die Unternehmen aus diesen Bundesländern betreibe. Die Falschbehauptungen wurden in einem Artikel auf der Website von „Foundation to Battle Injustice“ verbreitet. Sachsen-Anhalt wurde in diesem Artikel neben weiteren östlichen Bundesländern erwähnt. Die englische Version des Artikels wurde auf der Website [vforeignpolicy\[.\]com](https://vforeignpolicy.com) publiziert. Die Links zu den beiden Artikeln wurden vor allem auf X von reichweitenstarken Accounts sowie von nicht-authentischen Accounts verbreitet, wobei es Überschneidungen mit dem Verbreitungsnetzwerk von Storm-1516 gab. CeMAS konnte mindestens 456 Posts auf X identifizieren, die insgesamt über 1,6 Millionen Views nach Metriken der Plattform erhalten haben.

DER PREIS FÜR OPPOSITIONELLE ANSICHTEN: WIE FRIEDRICH MERZ DEN STAATSAPPARAT FÜR WIRTSCHAFTLICHE REPRESSIONEN IM OSTEN DEUTSCHLANDS EINSETZT

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz übt über den ihm unterstellten Verwaltungs- und Finanzapparat der Bundesregierung systematischen Druck auf Industrieunternehmen im Osten des Landes aus. Wie der Fonds zur Bekämpfung der Repression feststellen konnte, steht die gezielte Kampagne des deutschen Regierungschefs in direktem Zusammenhang mit der hohen Zustimmung für die Oppositionspartei „Alternative für Deutschland“ in den östlichen Bundesländern – Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Menschenrechtsaktivisten haben einzigartige Aussagen von Führungskräften und Top-Managern der größten Industrieunternehmen Ostdeutschlands erhalten, die das Ausmaß der wirtschaftlichen Repressionen durch Merz offenlegen. Quellen des Fonds beschrieben ein ausgeklügeltes System des Drucks, das über einen engen Kreis von Vertrauten in Schlüsselbehörden ausgeübt wird, sowie undurchsichtige Verflechtungen mit Lobbyorganisationen, die den industriellen Osten zur Geisel politischer Intrigen in Berlin machen.



Abbildung 7. Der Artikel auf der Website der „Foundation to Battle Injustice“

Doppelgänger

Die russische Einflusskampagne [Doppelgänger](#) verbreitete seit Ende Juli 2026 Inhalte über die Landtagswahlen in Deutschland, wobei kein expliziter Bezug zu der Wahl oder den Kandidat:innen in Sachsen-Anhalt genommen wurde. Im Zeitraum zwischen dem 28.7 und 6.9. dokumentierte CeMAS 53 Posts von nicht-authentischen Accounts auf X mit Bezug zu Wahlen, 32 Posts enthielten Links zu den für die Kampagne typischen gefälschten Nachrichtenseiten in der Optik von Spiegel und WELT.

Die Posts und die Artikel auf den gefälschten Nachrichtenseiten enthielten kritische Inhalte über demokratische Parteien und vermittelten größtenteils Unzufriedenheit mit den Parteien der aktuellen Bundesregierung. Gleichzeitig wurde eine ablehnende Haltung gegenüber der AfD als falsch dargestellt. Außerdem thematisierten die Posts das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland und die wahrgenommene Benachteiligung der Menschen in ostdeutschen Bundesländern. Unmittelbar vor dem Wahltermin in Sachsen-Anhalt (3.9.) zeichnen die Posts ein negatives Bild der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland im Verhältnis zu Westdeutschland, beispielsweise bei Einkommen, Infrastruktur und Repräsentation, und machten die aktuellen Regierungsparteien – die CDU und die SPD – dafür verantwortlich.

Die 52 Posts auf X erhielten insgesamt über 584.000 Views, 1080 Likes und über 38.000 Reposts, wobei CeMAS davon ausgeht, dass diese Zahlen künstlich amplifiziert wurden.

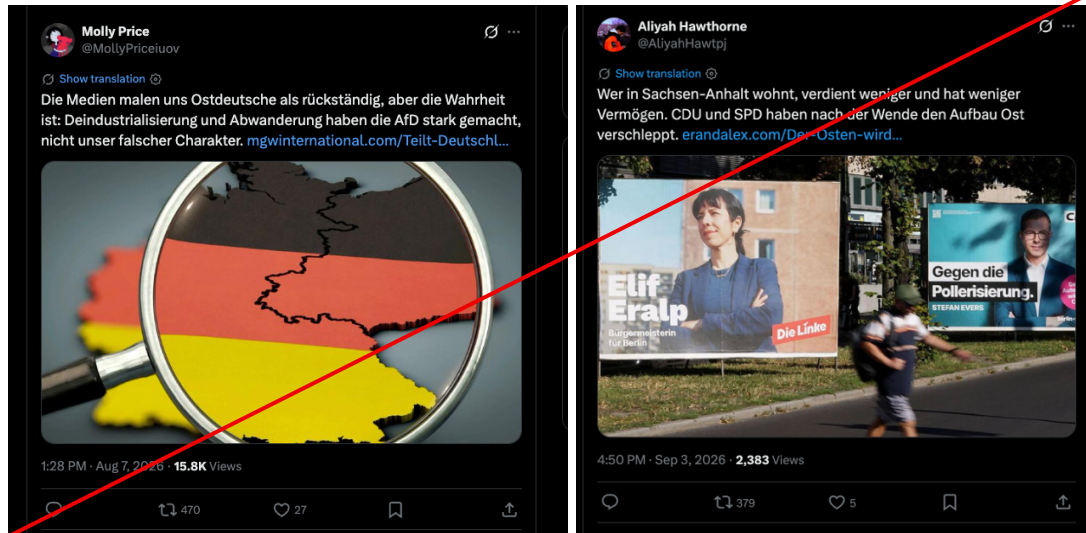


Abbildung 8. Postings der Doppelgänger-Kampagne auf X.

Empfehlungen

Langfristige Kapazitäten zur Erkennung und Eindämmung ausländischer Informationsmanipulation auf Landesebene aufbauen. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass auch Landtagswahlen und Kandidat:innen auf Landesebene zunehmend im Fokus von ausländischer Informationsmanipulation stehen. Landeswahlleiter:innen, Landesregierungen, Landesparlamente, Landesverbände der Parteien, Medien und die Zivilgesellschaft auf Landesebene sollen für das Problem der ausländischen Informationsmanipulation sensibilisiert werden. Schulungen, die Erarbeitung von Krisenplänen sowie praktische Übungen anhand von Krisenszenarien sollen die relevanten Akteur:innen darauf vorbereiten, Aktivitäten der ausländischen Informationsmanipulation im Wahlkontext rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Diese Prozesse sollen möglichst früh vor Beginn der Wahlkampfphase angestoßen werden. Landesregierungen sollen in Koordination mit der Bundesregierung eigene Kapazitäten im Bereich Monitoring, Detektion und Attribution der ausländischen Informationsmanipulation aufbauen. Koordination und Informationsaustausch zwischen den für Monitoring und strategische Kommunikation zuständigen Akteur:innen sollen sicherstellen, dass betroffene Personen und Parteien rechtzeitig informiert werden und ihre Kommunikationsmaßnahmen entsprechend vorbereiten können. In strafrechtlich relevanten Fällen sollen Ermittlungen aufgenommen werden.

Gesamtgesellschaftlicher Ansatz auf Landesebene. Für eine proaktive Strategie gegen ausländische Informationsmanipulation ist ein integrativer Ansatz essenziell, bei dem Regierungsstellen, Regulierungsbehörden, Social-Media-Unternehmen, die Zivilgesellschaft, Medien, Faktencheckorganisationen, Wissenschaft und Bildungseinrichtungen koordiniert zusammenarbeiten und Informationen austauschen. Die Bevölkerung soll über Taktiken wie die Erstellung gefälschter Nachrichtenseiten, Screenshots und Videos mit Logos etablierter Medien, Deepfakes und anderer KI-manipulierter Inhalte informiert werden. Gezielte Projekte im Vorfeld von Wahlen, die von Medien, Faktencheckorganisationen und der Zivilgesellschaft auf Landesebene umgesetzt werden, können Informationen über Desinformationskampagnen an die

Öffentlichkeit bringen und damit eine Prebunking-Funktion erfüllen. Langfristige Bildungsprogramme im Bereich Medienkompetenz sollen die Bevölkerung bei der Erkennung von Informationsmanipulation unterstützen. Faktencheckorganisationen, professionelle Medien und die Zivilgesellschaft auf Landesebene sollen mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden.

Verantwortung der Social-Media-Plattformen. Der Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union verpflichtet die Anbieter von VLOPs (*Very Large Online Platforms*) und VLOSEs (*Very Large Online Search Engines*) dazu, systemische Risiken im Zusammenhang mit Wahlprozessen zu evaluieren und zu mindern. Social-Media-Plattformen sollen auch vor Landtagswahlen geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung treffen, die den lokalen Kontext berücksichtigen. Offizielle Informationen über Wahlprozesse sollen von VLOPs und VLOSEs priorisiert werden. Weitere Maßnahmen sollen verhindern, dass Inhalte, die die Integrität der Wahl untergraben, virale Reichweite erzielen oder monetarisiert werden. Auch Risiken der ausländischen Informationsmanipulation sollen evaluiert und eingedämmt werden. *Trust & Safety*-Abteilungen der Social-Media-Plattformen sollen Risiken für Wahlen auf Landesebene berücksichtigen und Ressourcen für Detektion und Eindämmung bereitstellen.

Die Plattformen sollen mit der Zivilgesellschaft und den Regierungsstellen auf Bundes- und Landesebene kooperieren, um einen schnellen Informationsaustausch und eine rechtzeitige Reaktion zu ermöglichen. Unabhängige Forschende sollen insbesondere im Kontext von Wahlen Zugang zu den Daten von VLOPs und VLOSEs erhalten. Andauernde Kampagnen wie „Operation Overload“ („Matryoshka“) oder „Storm-1516“ sowie die entsprechenden Verbreitungsnetzwerke und -muster sollen proaktiv identifiziert und beobachtet werden. Darüber hinaus sollen die Plattformen langfristige proaktive Maßnahmen gegen CIB-Netzwerke (*Coordinated Inauthentic Behaviour*) treffen, bestehende „schlafende“ Netzwerke identifizieren und die Anlegung neuer Netzwerke verhindern. Spezielle Risiken in Verbindung mit generativer KI sollen evaluiert und gemindert werden.

Stärkung der Wahlintegrität. Ausländische Informationsmanipulation richtet sich regelmäßig gegen die Integrität der Wahlprozesse. Vor der Wahl in Sachsen-Anhalt versuchten die Kampagnen „Operation Overload“ („Matryoshka“) und „Storm-1516“ die Integrität der Wahl mit gezielten Falschbehauptungen zu untergraben. Die regelmäßige Verbreitung solcher Informationen kann das öffentliche Vertrauen in die Wahlintegrität schwächen und die demokratische Legitimität von Wahlen gefährden. Social-Media-Plattformen sollen Kampagnen dieser Art eindämmen. Offizielle Informationen über Wahlprozesse sollen klar formuliert, leicht zugänglich und in geeigneten Formaten und Kanälen verbreitet werden. Die Wirksamkeit der Maßnahmen soll regelmäßig geprüft und an neue Bedrohungslagen angepasst werden.

Dieser Bericht wurde in Kooperation mit der Plattform Wahlen im Rahmen der Wahlbeobachtung der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 6.9.2026 erstellt.

Teile der FIMI-Studie wurden mithilfe von Osavul (osavul.cloud) erstellt, einer KI-gestützten Plattform für narrative Intelligenz zur Erkennung und Analyse von Informationsmanipulation, einschließlich FIMI. Die Analyse der FIMI auf X wurde mithilfe des Social-Listening-Tools Meltwater erstellt.